

Rheingauer Bote.

Rüdesheimer Zeitung.



Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

48. Jahrgang.

N^o 62

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich M. 1.70 ohne und M. 2.40 mit illustr. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postaufschlag. Telephon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Mittwoch, den 28. Mai

Anzeigenpreis: die einspaltige Zeile 15 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Reklamenzeile 50 Pfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von A. Meier in Rüdesheim.

1919.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachungen.

In der Zeit vom 6. Mai bis 31. Mai, findet eine Erhebung über die Anbau und Ernteflächen im Jahre 1919 statt.

Personen, denen bis jetzt noch keine Fragebogen zugegangen sind, und die nur Pachtland bewirtschaften, gleichviel ob in hiesiger Gemarkung oder auswärts, sind verpflichtet, die Meldungen darüber, falls noch nicht geschehen, auf dem Rathause, Zimmer Nr. 10, anzugeben.

Rüdesheim, den 26. Mai 1919.

Der Magistrat: J. B. Kubale.

Das vom Kreisausschuß gelieferte Sohlleder zur Schuhbesserung an bedürftig werktätige Bevölkerung soll verteilt werden.

Bezugsberechtigte wollen sich bis zum 31. ds. Mts. — Briefkasten Rathaus — schriftlich melden. Die Sohlen sind in 4 Größen:

Nr. 1 zu 2.60 Mf.
" 2 " 2.40 "
" 3 " 1.85 "
" 4 " 1.65 "

das Paar gegen Zahlung abzugeben.

Auch stehen noch die vom Kommunalverband für hiesige Gemeinde überwiesene Holz- und Erntesohlen bei Frau A. Schlotter, Krumstr., zum Verkauf. Der festgesetzte Preis ist nach Nummerngröße im Laden bekannt gegeben.

Rüdesheim, den 27. Mai 1919.

Der Magistrat: Alberti.

Zur Frage über die Heimführung unserer Kriegsgefangenen ist die Feststellung erforderlich wer? und wieviel? deutsche Soldaten aus Rüdesheim, sich — anschließend Frankreich — noch in fremder Kriegsgefangenschaft befinden.

Gegebenenfalls werden daher deren Eltern, Angehörige pp. aufgefordert, dies am 2. und 3. Juni 1919, zwischen 11 und 12 Uhr mittags, auf dem Rathaus Zimmer 11, zwecks Eintragung in einer aufgelegten Liste, anzugeben. Hierbei sind letzte Adressen (Briefe, Karten pp.) als Unterlagen mitzubringen.

Rüdesheim, den 27. Mai 1919.

Die Polizeiverwaltung: J. B.: Kubale.

Freitag, den 30. ds. Mts., vormittags von 8 Uhr an, erfolgt im Armenhaus, Zimmer 3, die Ausgabe von Quittungen über **12. holländische Speisekartoffeln** an die Bezugberechtigten, den Centner zu 33 Mark, wie folgt:

Buchstabe A von 8—8 1/2 Uhr
" B " 8 1/2—9 "
" C usw.

soweit der Vorrat reicht.

Auf den Kopf entfallen 15 Pfund zu M. 4.95. Die Herausgabe erfolgt am 30. ds. Mts., von 1 Uhr ab, an der Bahn.

Kartoffelkarten sind bei Abholung der Quittungen vorzulegen.

Rüdesheim, den 28. Mai 1919.

Der Magistrat: Alberti.

Zu den Friedensverhandlungen.

Neue deutsche Note über die Verantwortlichkeit und Wiedergutmachung.

Paris, 25. Mai. Heute ist dem Präsidenten der alliierten Friedenskonferenz von der deutschen Friedensdelegation nachfolgende Note überreicht worden:

Paris, den 24. Mai 1919.

Herr Präsident! Der Inhalt des Schreibens Eurer Exzellenz vom 20. ds. Mts. über die Frage der Verantwortlichkeit für die Folgen des Krieges hat der deutschen Friedensdelegation gezeigt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen den Text vollständig mißverstanden haben, indem die deutsche Regierung und das deutsche Volk sich mit der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 stillschweigend einverstanden erklärten. Um dieses Mißverständnis aufzuklären, sieht sich die deutsche Delegation genötigt, den alliierten und assoziierten Regierungen die Ereignisse ins Gedächtnis zurückzurufen, die ihrer Note vorangingen. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat zu verschiedenen Malen feierlich erklärt, daß der Weltkrieg nicht mit einem Nachfrieden, sondern mit einem Rechtsfrieden enden solle, und daß Amerika nur für dieses Kriegsziel in den Krieg eingetreten war. In diesem Sinne wurde die Formel geprägt: Keine Annexionen, keine Kontributionen, keine Strafzahlungen. Auf der andern Seite verlangte aber der Präsident unbedingt die Wiederherstellung des verletzten Rechtszustandes. Die positive Seite dieser Forderung fand ihren Ausdruck in den vierzehn Punkten, die der Präsident in seiner Botschaft vom 18. Januar 1918 niedergelegt hat. Sie verlangt von dem deutschen Volk hauptsächlich zweierlei: erstens den Verzicht auf wichtige Teile des Reichsgebietes im Westen und im Osten unter dem Gesichtspunkte der nationalen Selbstbestimmung; zweitens das Versprechen der Wiederherstellung der besetzten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Auf beide Forderungen konnten sich die deutsche Regierung und das deutsche Volk einlassen, weil der Grundgedanke der Selbstbestimmung der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands entsprach und die herzustellenden Gebiete von deutscher Seite durch eine völkerrechtswidrige Handlung, nämlich durch die Verletzung der Neutralität, mit den Schrecken des Krieges überzogen worden waren.

Das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes hatte übrigens schon die frühere Regierung ebenso anerkannt wie das an Belgien verübte Unrecht. Wenn nun durch den Staatssekretär Lansing in dem vom 5. November 1918 an die deutsche Regierung übermittelten Schreiben des Verbandes der Begriffe „Wiederherstellung der besetzten Gebiete“ einer näheren Auslegung unterzogen wurde, so erschien für die deutsche Auffassung selbstverständlich, daß sich die Ersatzpflicht, die in der Auslegung festgelegt wurde, nicht auf andere Gebiete beziehen konnte als die, deren Schädigung als rechtswidrig zugegeben war, und deren Herstellung die leitenden Staatsmänner der Gegner als Kriegsziel betont hatten. So bezeichnete Wilson die Wiedergutmachung des Unrechts an Belgien in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 ausdrücklich als heiligen Akt, ohne den die ganze Struktur und Geltung des Völkerrechts für immer erschüttert sein würde. Ebenso sagte der englische Premierminister Lloyd George in seiner Rede im Unterhause am 22. Oktober 1917: „Die vornehmsten Forderungen der britischen Regierung und ihrer Verbündeten waren stets völlige politische, territoriale und wirtschaftliche Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens und seine Entschädigung, soweit das möglich ist, für die Zerstörung seiner Städte und Provinzen. Das ist keine Forderung von Kriegsentuschung, wie sie 1871 Frankreich von Deutschland auferlegt wurde. Es ist kein Versuch, die Kosten der Kriegführung von einem der Kriegführenden auf den andern abzuwälzen.“ Was hier für Belgien gesagt wird, mußte

Deutschland auch für Nordfrankreich anerkennen, da die deutsche Heere nur auf dem Wege über die verletzten belgische Neutralität die französischen Gebiete erreichten. Dieser Angriff war es, für den die deutsche Regierung Deutschlands Verantwortlichkeit zugegeben hat, nicht aber die angebliche Schuld am Kriegsausbruch oder die äußerliche Tatsache, daß die formelle Kriegserklärung von seiner Seite ausgegangen war. Die Bedeutung der Note Lansing's lag für die deutsche Regierung darin, daß die Entschädigungspflicht sich nicht auf die Wiederherstellung der Sachwerte beschränkte, sondern auf jeden Schaden ausgedehnt wurde, den die Zivilbevölkerung im besetzten Gebiet an Person oder Eigentum erlitten hat, mochte er im Verlauf von Kriegshandlungen zu Lande, Wasser oder von der Luft aus herbeigeführt sein. Das deutsche Volk empfand die Einseitigkeit wohl, die darin lag, daß man ihm die Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs auferlegte, während man ihm eine Entschädigung für die Gebiete des deutschen Ostens versagte, die von den Truppen des russischen Jazismus nach einem von langer Hand vorbereiteten Plan überfallen und verwüstet worden waren. Es erkannte aber an, daß der russische Ueberfall nach dem formellen Völkerrecht anders zu beurteilen war als der Einfall in Belgien. Es nahm deshalb von einer Ersatzforderung seinerseits Abstand.

Wenn nunmehr die alliierten und assoziierten Regierungen die Auffassung vertreten sollten, daß für jede völkerrechtswidrige Handlung, die im Kriege begangen worden ist, Schadenersatz geschuldet wird, so will die deutsche Delegation die grundsätzliche Richtigkeit dieses Standpunktes nicht bestreiten, sie macht aber darauf aufmerksam, daß dann auch Deutschland eine erhebliche Schadenrechnung aufzustellen hat und daß die Ersatzverpflichtungen seiner Gegner gegenüber der durch die völkerrechtswidrige Hungerblockade unermesslich geschädigten deutschen Zivilbevölkerung sich nicht auf die Zeit beschränken, wo der Krieg noch beiderseits geführt wurde, sondern ganz besonders auch für die Zeit zutreffen, wo es nur noch eine Kriegsführung der alliierten und assoziierten Mächte gegen das freiwillig wehrlos gewordene Deutschland gab. Jedenfalls entfernt sich die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen von der Vereinbarung, die Deutschland vor Abschluß des Waffenstillstandes getroffen hatte. Sie läßt eine endlose Reihe von Streitfragen am Horizont der Friedensverhandlungen emporstiegen und könnte zu einer praktischen Lösung nur durch eine unparteiische internationale Schiedsgerichtsbarkeit gebracht werden, eine Schiedsgerichtsbarkeit, wie sie im Artikel 13, Absatz 2 des Entwurfs der Friedensbedingungen vorgesehen ist. Dieser Absatz bestimmt: Zu den Fragen, die im allgemeinen eine schiedsgerichtliche Lösung zulassen, gehören Streitfragen über die Auslegung eines Vertrages, über alle Punkte des internationalen Rechtes, über das Bestehen jeder Tatsache, deren Eintreten die Verletzung einer internationalen Verpflichtung bedeuten würde oder über die Ausdehnung und die Art der Wiedergutmachung, die im Falle einer solchen Verletzung zu leisten wäre.

Eure Exzellenz weist ferner in Ihrem Schreiben vom 20. Mai daraufhin, daß nach den Grundsätzen des internationalen Rechtes kein Volk durch die Veränderung seiner Führer von seiner Regierung einmal eingegangene Verpflichtungen zum Erlöschen bringen kann. Die deutsche Friedensdelegation ist weit davon entfernt, die Richtigkeit dieses Grundsatzes zu bestreiten; sie verwahrt sich auch nicht gegen die Durchführung des durch das Angebot der früheren Regierung vom 5. Oktober 1918 eingeleiteten Abkommens, sondern gegen die im Friedensentwurf enthaltene Bestrafung für die angeblichen Vergehen seiner früheren politischen und militärischen Leiter. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika erklärte am 9. Dezember 1917, daß der Krieg nicht mit einem Racheakt irgendwelcher Art beendet werden solle, daß kein Volk herabgelassen oder bestraft werden solle, weil die unverantwortlichen Herrscher eines Landes ihrerseits ein schweres, ver-

Beim Ausgehen

Legitimationskarten

nicht vergessen!

abscheuenswürdiges Verbrechen begangen haben. Die deutsche Delegation beruft sich nicht auf diese und ähnliche Zusagen, um sich irgendwelchen völkerrechtlichen Verpflichtungen zu entziehen, aber sie fühlt sich berechtigt, an sie zu erinnern, wenn man dem deutschen Volke die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und die Pflanzbarkeit für alle Kriegsschäden auferlegen will. Noch in den öffentlichen Verhandlungen kurz vor Abschluß des Waffenstillstandes wurde dem deutschen Volke versprochen, daß Deutschlands Schicksal eine grundlegende Aenderung erfahren würde, wenn man es von dem seiner Herrscher trennte. Die deutsche Delegation möchte Eure Erzellenz nicht dahin verstehen, daß die Zusage der alliierten und assoziierten Regierungen damals nur eine Kriegslist war, um den Widerstand des deutschen Volkes zu lähmen, und daß diese Zusage heute zurückgenommen werden soll.

Schließlich macht Eure Erzellenz geltend, daß die alliierten und assoziierten Mächte das Recht haben, Deutschland nach denselben Methoden zu behandeln, die es beim Frankfurter Frieden und beim Frieden von Brest-Litowsk seinerseits angewandt habe. Die deutsche Delegation unterläßt es vorläufig, zu präzisieren, inwiefern sich jene beiden Friedensschlüsse von dem heute vorliegenden Friedensentwurf unterscheiden, denn für die alliierten und assoziierten Regierungen ist es heute zu spät, auf jene Präjudizien einen Rechtsanspruch zu gründen. Der Augenblick hierfür war gekommen, als sie vor der Wahl standen, die 14 Punkte des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika als Friedensbasis anzunehmen oder abzulehnen.

In diesen 14 Punkten wurde ausdrücklich die Wiedergutmachung des Unrechts von 1870 und 1871 verlangt und von dem Frieden von Brest-Litowsk als von einem abschreckenden Beispiel gesprochen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben es damals abgelehnt, sich einen Gewaltfrieden der Vergangenheit zum Muster zu nehmen. Das deutsche Volk, das niemals die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges auf sich genommen hat, kann mit Recht verlangen, daß ihm seine Gegner mitteilen, aus welchen Gründen und mit welchen Beweismitteln sie seine Schuld an allen Schäden und Leiden dieses Krieges als Unterlage der Friedensbedingungen machen. Es kann sich daher nicht mit der Bemerkung abweisen lassen, daß das von der alliierten und assoziierten Regierung durch eine besondere Kommission in der Frage der Verantwortlichkeit gesammelte Material eine innere Angelegenheit dieser Regierungen sei. Diese Lebensfrage des deutschen Volkes muß in aller Öffentlichkeit erörtert werden. Die Methoden der Geheimdiplomatie sind hierbei nicht am Platze. Die deutsche Regierung behält sich vor, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Brockdorff-Rantzau.

Neue Antwortnote Clemenceaus.

Mz. Versailles, 26. Mai. Die deutsche Delegation hat auf ihre beiden Noten zu den Bestimmungen des Friedensvertrages betreffend die Westgrenze und das Saarbecken von Clemenceau folgende Antwort erhalten:

Herr Präsident! Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Schreiben vom 13. und 16. Mai zu bestätigen. Da die beiden Schreiben den nämlichen Gegenstand betreffen, nehme ich es vor, sie zusammen zu beantworten. Was die in diesem Schreiben niedergelegten allgemeinen Bemerkungen betrifft, so betrafte ich im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen, daß, wie behauptet, im Friedensvertrag belgisches Gebiet gleich Schwabens zum Gegenstand eines Handels zwischen verschiedenen Souveränitäten gemacht wird. Tatsächlich werden die Wünsche der Bevölkerung der westlichen besetzten Gebiete in Berücksichtigung gezogen werden. Die Modalitäten dieser Volksbefragung werden im Hinblick auf die außerordentlichen Verhältnisse mit Sorgfalt erwogen. In dem an Belgien abgetretenen Gebiet ist der öffentlichen Meinung jede Freiheit gewährleistet, um sich binnen einer Frist von sechs Monaten auszusprechen. Die einzige Ausnahme wird dort für denjenigen Teil von Moresnet gemacht, der sich westlich der Straße von Lüttich nach Aachen hinzieht, dessen Bevölkerung weniger als 500 Einwohner umfaßt und dessen Waldbestand an Belgien abgetreten wird als Teil der Wiedergutmachung für die von Deutschland in Belgien vorgenommenen Zerstörungen von Waldbeständen. In bezug auf Schleswig-Holstein ist zu bemerken, daß sich die Bevölkerung auf Wunsch der dänischen Regierung mit der Angelegenheit befassen wird. Der Vorschlag betreffend Abgabe von deutschen Kohlenbetriebs-Aktien würde eine schwierige Lage für die französischen Aktionäre schaffen. Die selbständige Übergabe der in der Nähe der französischen Grenze liegenden Gruben ist die einfachste Entschädigung für die in Frankreich zerstörten Bergwerke. Gewisse Stellen in Ihrem Schreiben vom 13. Mai scheinen eine gewisse Ungenauigkeit der Auslegung unserer Artikel zu verraten. Um die Höhe der Zahlung in Gold bei einem eventuellen Rückkauf der Bergwerke im Saargebiet zu vermeiden, beschloßen die alliierten und assoziierten Regierungen, diese Bestimmung zu ändern. Sie schlagen vor, ihrer Bestimmung folgende Fassung zu geben: Die Verpflichtung Deutschlands, seine Zahlungen auszuführen, wird von der Entschädi-

gungskommission in Erwägung gezogen werden. Deutschland kann eine Hypothek darauf geben, deren Höhe die Kommission bestimmen wird.

Der deutsche Gegenvorschlag

Mz. Berlin, 27. Mai. Am Dienstag, 27. Mai, nachmittags 3 Uhr, ist in Versailles der deutsche Gegenvorschlag zu den Friedensbedingungen der Verbündeten überreicht worden. Der bisherige Notenwechsel ist damit erledigt. — Noch am Dienstagvormittag sind Aenderungen am Texte des Friedensvertragsentwurfes vorgenommen worden. Der Text wird wohl erst in 48 Stunden gedruckt vorliegen.

Die deutschen Gegenanschläge enthalten eine sogenannte Mantelnote, in der in kurzen Sätzen prinzipielle Darlegungen gegeben werden. Das ganze Werk, das 68 Schreibmaschinenseiten umfaßt, soll der neutralen Welt und den Gegnern zeigen, wie der Friede aussieht, den Deutschland will. Die einzelnen Bestimmungen dieses Vertrages sind äußerst schwer und treffen das deutsche Volk bitter. Man muß sie jedoch als ein zusammenhängendes Ganzes ansehen.

Zunächst werden den Gegnern in Erinnerung gebracht die vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson und die Note Lansing vom 5. November 1918, auf die sich beide vertragschließenden Teile festgelegt hatten.

Dann beginnt die Aufzählung der einzelnen deutschen Gegenanschläge, an deren Spitze die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund steht. Es wird die wirtschaftliche Gleichberechtigung für alle Glieder des Völkerbundes verlangt. Deutschland opfert seinen Völkerbundsentswurf und nimmt den der Alliierten an. Deutschland erklärt sich bereit, sofort die Abrüstung durchzuführen, woran es die Bedingung knüpft, daß auch die Verbandsmächte in zwei Jahren ihre Rüstungen aufgeben. Deutschland hebt die Wehrpflicht auf und ist entschlossen, nicht mehr als 100 000 Mann als Freiwilligenregimenter unter den Waffen zu halten. In der Uebergangszeit soll es allerdings eine größere Präsenzstärke besitzen. Deutschland stellt auch die ganze Flotte zur Verfügung, die nach dem bisherigen Entwurf nicht abgeliefert werden muß. Als Ausnahme gelten nur einige Panzerkreuzer und Torpedoboote.

In bezug auf territoriale Fragen wird darauf verwiesen, daß kein Land ohne den Willen seiner Bevölkerung von einem Staate losgerissen und einem anderen zugesührt werden könne. Wenn in den Verhandlungen über deutsche Grenzgebiete keine Einigung erzielt wird, so wird Deutschland nur dann in eine Lösung einwilligen, wenn auf Grund eines Wahlerfahrens, das dem für die Nationalversammlung entspricht, unter neutraler Kontrolle die Volksmeinung ermittelt wird.

Auch für Elsaß-Lothringen verlangen wir eine Abstimmung des Volkes darüber, ob es zu Frankreich will, oder ob es ein autonomer Staat werden möchte. Für Oberschlesien könne die Wilsonsche Formel nicht angewendet werden, weil die Bevölkerung dort nicht abgetrennt werden wolle. Bezüglich Danzigs steht die Reichsregierung mit ihren Gegenanschlägen auf dem Standpunkte, daß das durch die Demarkationslinie abgetrennte Gebiet zu Polen geschlagen wird. Das Gebiet außerhalb der Demarkationslinie ist unbestreitbar deutsch. Es wird der Nachweis erbracht, daß in Westpreußen die Bevölkerung zwischen 95 bis 98 Prozent deutsch ist. Wir sind bereit, auch darüber abstimmen zu lassen. Für Danzig ist das gar nicht nötig, da Deutschland bereit ist, einen Freihafen zu schaffen und ferner eine Weichselakte zu erlassen für alle an der Weichsel interessierten Staaten. Bezüglich des Saargebietes ist die deutsche Stellung klar, ebenso auch für Eupen und Malmedy.

In ihrem Friedensvertrag ist die Reichsregierung dafür beizugehen, daß die Räumung des besetzten Gebiets in kürzester Zeit erfolgen solle. In sechs Monaten solle sie vollzogen sein. Deutschland ist bereit, die weitestgehenden Bürgschaften zu leisten, wozu z. B. gehören die Verpfändung von Reichsvermögen, von Kapitalrenten, Steuern, von Einkommensteuern, von Domänen, Forsten und von Bergwerken.

In bezug auf die Kolonien sieht der deutsche Entwurf die Wiederherausgabe vor. Ferner spricht er das Einverständnis der Reichsregierung aus, die Verwaltung der Kolonien nach den Grundsätzen des Völkerbundes zu führen, worin sie sogar soweit geht, unter Umständen sich als Beauftragte des Völkerbundes zu betrachten.

In den Strafbestimmungen wird eine Auslieferung des Kaisers abgelehnt. Zwar wird nicht von der Persönlichkeit des Kaisers besonders gesprochen, sondern dargelegt, daß Rechtsgründe es unmöglich machen, Deutsche vor ein nichtdeutsches Gericht zu stellen. Deutschland ist dagegen bereit, etwaige Völkerrechtsverletzungen feststellen zu lassen durch ein Gericht aus fünf Richtern, von denen zwei von Deutschland, zwei von den Gegnern berufen werden, die wieder ihren Oberrichter bestimmen.

Das nächste Kapitel enthält die finanziellen Bestimmungen, die so weit gehen, daß man sich gleich bei der ersten Kenntnisnahme

vom Vertragsentwurf fragen muß, ob die Reichsregierung überhaupt hier mit ihrem Entgegenkommen nicht zu weit gegangen ist. Unden schon bisher genannten Bedingungen sind bereit, die bis zum Jahre 1926 fälligen 21 Milliarden zu bezahlen. Ferner ist vorgesehen, 10 Milliarden, die aber unverzinslich sein müssen, in Raten, die noch für jedes Jahr festgesetzt werden müssen, zu begleichen. Die Kontrolle durch die Alliierten dürfte erst dann einsetzen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die ersten 20 Milliarden solle das angerechnete werden, was die Alliierten bisher schon von Deutschland erworben haben. Dierher gehören Geschütze, Flugzeuge, Lokomotiven, Eisenbahnen usw. Da die 80 Milliarden natürlich in Gold bezahlt werden müssen, stellt ihr Wert nach der heutigen Valuta 240 Milliarden Mark dar. Da ist es noch völlig ungeklärt, wie diese Kosten aufgebracht werden sollen, da der Reichs-, Staats- und Gemeindefiskus nach dem Kriege sich jährlich auf rund 24 Milliarden belaufen werden. Das Anerbieten mit 80 Milliarden glaubt aber die Regierung noch vertreten zu können. Es sei das Neueste des Möglichen.

An der Spitze der deutschen Gegenanschläge auf wirtschaftlichem Gebiet steht die Forderung der absoluten Gleichberechtigung. Deutschland fordert die Erhaltung des deutschen Vermögens. Die deutschen Eisenbahnen und Bergwerke in China können internationalen Gesellschaften mit übertragen werden. Deutschland als Staat wie für seine Bürger in die Weltbegünstigung gefordert. Sie sollen das Recht der Niederlassung haben. Die Patentrechte sollen am fünf Jahre verlängert werden. Deutschland ist bereit, im Jahre 20 Millionen Tonnen aus dem Gesamtkohlenvorkommen zu liefern. Benzol sollen 35 Millionen Tonnen geliefert werden; die anderen Warenmengen, wie Chemikalien und Medikamente, könnten ebenfalls abgegeben werden. Bezüglich seiner Handelsschiffe ist Deutschland bereit, sie in den Welthandelsverband einzubringen.

Die deutschen Schifffahrtslinien sollen in den Interessengemeinschaften mit den feindlichen Linien verbunden werden. An Schiffsraum sollen die deutschen Werften folgendes herstellen: im ersten Jahr 100 000 Tonnen, im zweiten Jahr 200 000 Tonnen, im dritten Jahr 300 000 Tonnen und für jedes weitere von fünf Jahren immer wieder 300 000 Tonnen. Bezüglich der einzelnen Stromgebiete sind wir bereit, Akte anzustellen, auf Grund deren die Angrenzer an Strömen die zuständigen Kommissionen bilden. Wir willigen ferner in die Benützung des Rheins, das ein bis der Straßburger Rheinabfluß eingestellt ist. Dagegen lehnt es Deutschland ab, Eisenbahnen und Kanalbauten nach Weisungen des Verbandes vorzunehmen.

Die Parteiführer bei Scheidemann

Berlin, 27. Mai. Heute vormittag waren die Parteiführer beim Ministerpräsidenten Scheidemann, um Mitteilungen der Reichsregierung über den Inhalt der deutschen Gegenanschläge entgegenzunehmen. Der Wortlaut unserer Entschlüsse wird vielleicht heute nachmittags, jedenfalls aber morgen vormittag Clemenceau überreicht werden.

Man rechnet damit, daß nach Ueberreichung der deutschen Gegenanschläge 8—10 Tage bis zur Antwort des Verbandes vergehen werden. Dann wird an die Regierung die Schicksalsfrage: Annahme oder Ablehnung? herantreten. Wie diese Entscheidung ausfallen wird, hängt natürlich von der Antwort der Gegner ab. Soweit die Regierung in Betracht kommt, wird deren Stellungnahme voraussichtlich wieder in Eva bei einer Zusammenkunft unserer Delegierten und der in Berlin weilenden Minister erfolgen. Dann wird der Friedensauschuss bezw. das Plenum der Nationalversammlung zu hören sein. Ob auch der Weg der Volksbefragung durch das Referendum beschritten werden wird, ist noch unentschieden.

Wenn man die nach einer Ablehnung der Unterzeichnung eintretende Lage ins Auge fassen will, so ist von Bedeutung, daß die Alliierten bekanntlich die Neutralen mit der Forderung heranzutreten und, die Grenzen nach Deutschland zu sperren. Es verlautet zuverlässig, daß sämtliche Neutralen diese Forderung nachgegeben haben.

Im Falle der Nichtunterzeichnung

Koblenz, 23. Mai. General Sir W. Robertson, Befehlshaber der britannischen Truppen am Rhein, ist heute morgen hier eingetroffen, um sich mit General Pigott, dem Befehlshaber der amerikanischen Besatzungsarmee, in Fragen militärischer Maßnahmen zu besprechen, die zu ergreifen sein würden im Falle, daß die Deutschen den Friedensvertrag nicht unterzeichneten. Unter anderem haben beide Generäle die Frage der Beschießung großer deutscher Städte erörtert. Ferner sind eine bestimmte Anzahl britannischer Fliegeroffiziere hier angelangt zwecks Besprechung mit den Führern der amerikanischen Luftstreitkräfte. Es ist sicher, daß, wenn die Alliierten es verlangen, Berlin einer fortwährenden Tag- und Nachtbeschießung unterworfen werden könnte. Solche Unternehmungen würden bald die Deutschen zur Vernunft bringen und sie zwingen, die Bedingungen der Entente anzunehmen.

(Daily Mail.)

Der Wille der Marine

In Kiel fand auf dem Alten Exerzierplatz eine machtvolle Kundgebung der Marine gegen den uns angebotenen Frieden, zu der Offiziere, Bedoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Garnisonen Kiel und Friedrichsort zu Tausenden sich versammelten. Nachdem die Redner die Friedensbedingungen für unannehmbar erklärt hatten und die Notwendigkeit geschlossener Unterstützung der Regierung betonten, mahnte der Stationschef, Konteradmiral Meurer in einer eindringlichen Ansprache zur Einigkeit. Er verlas schließlich die an den Chef der Admiralität und den Reichswehrminister gerichtete Entschliessung, die einstimmig angenommen wurde, in der die Angehörigen der Marine aller Dienstgrade und Truppenteile erklären, als deutsche Staatsbürger eins mit der Reichsregierung zu sein, daß der uns zugemutete Friede unannehmbar ist. Zum Schluß heißt es in der Kundgebung: Wir stehen geschlossen mit allen unsern Kräften hinter der Regierung.

Der Papst und die deutschen Katholiken

Rom, 21. Mai. Die „Tribuna“ meldet: Sämtliche deutschen Bischöfe haben sich an den Papst gewandt, indem sie ihn um seine Vermittlung angingen für das vom Untergang bedrohte Deutschland. Dieser Hilferuf erinnert an die päpstliche Note, in der sich der Papst für einen gerechten und dauerhaften Frieden ausgesprochen habe, und versichert, daß Deutschland zu Opfern bereit wäre; sie nimmt aber auch für ein 70 Millionen-Volk das Recht in Anspruch, leben zu können und sein soziales Wirtschaftsleben wieder herzustellen. — Die „Tribuna“ bestätigt, daß in den vatikanischen Kreisen die Meinung besteht, daß der Papst bei den alliierten Regierungen in Paris diplomatische Schritte unternehmen würde oder bereits unternommen habe.

Mz. Der „Observatore Romano“ veröffentlicht eine Protestnote gegenüber der Unterfertigung, daß der Heilige Stuhl die Mittelmächte begünstigt habe. Die Tätigkeit des Heiligen Stuhles habe sich, sagt das Blatt, ständig den Ententemächten und insbesondere Belgien, Italien und Frankreich günstig gezeigt.

Die Ernährungslage in Frankreich

Holf Brandt, ein zur Friedenskonferenz nach Versailles entsandter Sonderberichterstatter, schreibt der „Abn. Volksztg.“: Vor ein paar Tagen machte ich Einkäufe in Begleitung des Geheimagenten, Schreibpapier, Taschentücher, etwas Schokolade, ein paar Sachen, die zu ergänzen waren. Es war der Weg in das Schlaffenland. Was gibt es noch alles zu kaufen in diesem Frankreich, das sich über ein wenig schlendern Zuder aufregt. Von Bayonner Schinken bis zur englischen Marmelade, vom Kaffee bis zur Sahnenbutter, vom herrlichen Schweizerkäse bis zur Blutorange, alles ist in Hülle und Fülle vorhanden. Die Preise sind gestiegen, sind sicherlich hoch, ein Pfund Kakao kostet 8-9 Franken, der Kaffee 3-5 Franken, Butter 7-9 Franken. Aber was will das bezagen gegen dieses ausgepörrte Deutschland, in dem ein Stückchen geschmackloser und kraftloser „Biegenwurst“ 10 Mark kostet! Es werden sehr kluge und sehr geistvolle Bücher geschrieben, warum wir den Krieg verloren haben — man gehe einmal zehn Minuten durch die Läden von Versailles oder esse ein paar Mahlzeiten in einem französischen Restaurant, dann weiß man, warum wir verloren haben.

Die Neutralität der Schweiz

Mz. Bern, 26. Mai. Die Genfer „Feuille“ erklärt heute zur Blockadenote der Entente, daß die Schweiz die Absicht habe, ihre Neutralität in dem seit sechs Monaten unterbrochenen Krieg weiter zu erklären. Wenn Deutschland nicht unterzeichnet und somit der Krieg wieder beginnen würde, werde die frühere Neutralitätserklärung in Wirksamkeit bleiben. Andererseits glaubt die „Basler Nationalzeitung“ melden zu können, der Bundesrat werde keine rein negative Antwort auf die Note geben angesichts der schweren Folgen, die eine derartige Haltung für die von der Entente völlig unabhängige Schweiz haben könnte.

Belgische Maßnahmen

Mz. Amsterdam, 26. Mai. Dem „Niederland-Telegraph“ wird gemeldet, daß die belgische Grenze geschlossen wurde. Niemand darf Belgien verlassen. Im Zusammenhang mit dem Verlaufe des der deutschen Delegation bewilligten Termins am 29. Mai ds. Js. wurden alle militärischen Beurteilungen rückgängig gemacht und die allgemeine Mobilmachung angeordnet.

Die britischen Kriegskosten

Haag, 26. Mai. Der Schatzminister Austen Chamberlain teilt mit, daß die Nettokriegskosten des britischen Schatzamtes bis zum 31. März 1919 sich auf 6800 Millionen Pfund Sterling belaufen.

Die italienische Friedenskommission

Mz. Paris, 24. Mai. (Gavas.) Laut „Petit Journal“ erwartet man in italienischen Kreisen die Umbildung des Kabinetts. — Einem Telegramm desselben Blattes aus Rom zufolge spricht man dort davon, daß wahrscheinlich Crespi und Marquis Imperiali zu Mitgliedern der Friedenskommission ernannt werden.

Nüchtern Paderewski

Am Donnerstag haben die Polen von der Entente ein Ultimatum bekommen, den Krieg im Osten sofort einzustellen. Sie dürfen gegen die Ukraine nicht mehr Krieg führen. Ministerpräsident Paderewski hatte versucht, durch stundenlange Verhandlungen mit Wilson und dem amerikanischen Obersten House ein Zurücknehmen dieser Anordnung zu erlangen. Als ihm das nicht ge-

lang, wollte er sich fügen. Er mußte nunmehr zurücktreten.

Heidelberg, 26. Mai. Bei den gestrigen Stadtverordneten-Wahlen sind die Stimmen der Demokratischen Partei von 10843 bei den Nationalversammlungswahlen auf 3881 zurückgegangen.

Düsseldorf, 27. Mai. In den letzten Tagen hat das außerordentliche Kriegsgericht in Wesel mehrere schwer beladene Führer der Spartakiden aus Duisburg, Hamborn und Mülheim wegen Hochverrats zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt. Die Verhandlungen haben die Fortsetzung eines gefährlichen bolschewistischen Treibens aufgedeckt und u. a. den Beweis erbracht, daß in der Nacht zum 25. Mai in Düsseldorf, Duisburg und Mülheim und in anderen Orten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks gleichzeitig bewaffnete Aufstände erwartet und vorbereitet waren zum Sturz der Verwaltungsbehörden und zur Ausrufung der Räterepublik. Durch rechtzeitiges Eingreifen des Militärs ist die Ausführung dieses Vorhabens vereitelt worden.

Mz. London, 23. Mai. Der englische Oberkommandierende Lord Robertson beinahe die Besatzungsarmee in Koblenz und konferierte mit dem belgischen Oberkommando. Es ist kein Geheimnis, daß die alliierten Truppen überall bereit sind, den Aufmarsch zu beginnen, wenn dies nötig sein wird.

Essen, 24. Mai. Ueber die Schwierigkeiten des Auslandsverkehrs macht die Firma Krupp, die schon vor kurzem darauf hingewiesen hatte, daß die Werte aus dem neutralen Ausland nur sehr schwer Aufträge bekommen könnten, weitere Mitteilungen. Danach hat die Firma Krupp inzwischen wieder einige sehr bedeutende Aufträge verloren, so einen für eine holländische Werft, die den Auftrag zu einem um 20000 Gulden höheren Preis, als ihn die Firma Krupp verlangte, nach England gegeben hat, lediglich weil man bei den unsicheren Verhältnissen und Streiks befürchtet, daß die Lieferung in Deutschland nicht ausgeführt werden könne. Das Vertrauen in die Lieferfähigkeit der deutschen Industrie sei infolge der Vorgänge in den letzten Monaten in Deutschland vollständig untergraben. Auch in einem anderen Falle, der eine große Nadschlieferung betraf, seien alle Bemühungen, den Auftrag der deutschen Industrie zu sichern, gescheitert, weil die norwegischen Staatsbahnen mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse in Deutschland den Aufsat auf diese Nadschlieferung, deren pünktliche Lieferung zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Bahnen vor größter Wichtigkeit war, der deutschen Industrie nicht übertragen wollten. Den Auftrag erhielt vielmehr ein amerikanisches Stahlwerk.

Berlin, 23. Mai. (Die Kreisblätter.) Der Abg. Nebelung (Demokr. Volksp.) fragt in der Landesversammlung an, ob der Regierung bekannt sei, daß in vielen Landkreisen Preußens die privilegierte Stellung der kreisamtlichen Presse unverändert aufrechterhalten und zumeist zu Gunsten einer einzelnen Partei ausgenutzt wird zum Schaden großer Teile der Kreisbevölkerung und der nicht amtlichen Presse.

Bermischte Nachrichten.

* Rübdesheim, 28. Mai. Das am Bahnhofsbelegene „Hotel Jung“ ging durch Kauf zu unbekanntem Preise an die Herren Dr. Lingen und Strung aus Köln über. Letzterer ist Besitzer des Café Bauer in Köln.

* Rübdesheim, 28. Mai. Das Hindernis, das der seit mehreren Wochen im Bingerloch liegende gesunkene Schleppbahn „Emma“ der Firma Georg Reitz in Mainz für die Schiffsahrt bildete, ist jetzt beseitigt. Der Radschleppdampfer „Rhenania“ Nr. 3 und die beiden Schraubendampfer Nr. 3 und 4 der Firma Reitz nahmen den Rahn, der durch Auspumpen gehoben war, in Anhang und schlepten ihn unter ständigem Pumpen bis zur Binger-Reede. Der Rahn befand sich nur mit dem Vorderteil über Wasser, während die hintere Hälfte bis zum Ruder unter Wasser schwamm.

* Rübdesheim, 28. Mai. Nach Bundesratsbeschluss findet am 2. Juni 1919 wieder eine Viehzählung statt. Sie erstreckt sich auf die gleichen Viehgattungen, die bei der Zählung am 1. März 1919 in Betracht gekommen sind, nämlich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh und Kaninchen. Es ist dabei zu beachten, daß diese Viehgattungen auch bei Nichtlandwirten gezählt werden müssen, also in jeder Haushaltung, in der auch nur eine dieser genannten Viehgattungen vorkommt.

Deßlich, 27. Mai. Die hiesige Gemeindevertretung hat beschlossen, den seit mehreren Jahren eingegangenen Deßlicher Jahrmart, verbunden mit Kram- und Viehmarkt, wieder einzuführen und dieses Jahr vom 1. bis 3. Juni abzuhalten.

Bom Mittelrheim, 27. Mai. Da nun einmal im Gebiete der Ruhr Ruhe eingetreten ist, kann man den Schiffsahrtsverkehr als recht flott bezeichnen. Die Schleppzüge folgen sich wieder und oft kommen Dampfer mit vier und fünf Rähnen im Anhang, die alle schwere Ladung haben, bergwärts.

Bom Rhein, 27. Mai. Ueber 14000 Schiffe fuhren im Frieden auf dem Rhein. Sie hatten damals einen Wert von 100 Millionen Mark. Ein

großer Salon- oder Schleppdampfer kostete 250000 bis 350000 Mark.

Aus Rheinhessen, 25. Mai. Böllig unzutreffende Meldungen sind in den letzten Tagen über die Ausichten der diesjährigen Kirchnernte im Main- und Rheingebiet verbreitet worden. Hiernach soll in unserer Gegend — Rheinhessen zählt ja bekanntlich auch zum Main- und Rheingebiet — die Kirchnernte durch den Frost zum weitaus größten Teil vernichtet worden sein. Das trifft glücklicherweise für den größten Teil Rheinhessens nicht zu. Im ganzen nördlichen Rheinhessen beispielsweise stehen die Kirchbäume geradezu ausgezeichnet. Ein kräftiger Regen wäre allerdings wie für die gesamte Vegetation so namentlich auch für die Obstbäume dringend nötig, damit die Früchte nicht allzustark vor der Reife welken und abfallen. Die ersten reifen Kirscheln, die sog. Maikirscheln, dürsten in bereits 8-10 Tagen auf den Markt kommen.

Oppenheim, 22. Mai. In der heutigen Gemeinderatsitzung wurde zur Behebung der Wohnungsnot beschlossen, auf städtischem Gelände am Hasen 8 Häuser mit 16 Kleinwohnungen zu errichten, sowie Gelände am Elektrizitätswerk zu Bauplänen herzurichten.

Goldstein, 25. Mai. Große Mengen Bedarfsartikel aller Art, die von Reisenden aus dem unbebesetzten in das besetzte Gebiet hinüber zu bringen versucht werden, kommen tagtäglich an der hiesigen Grenzstation zur Beschlagnahme. Am gestrigen Tage wurden für mehrere Tausend Mark Waren, meist Seife oder Schokolade, hier den Reisenden abgenommen. Diesen kann nicht dringend genug empfohlen werden, diese Art des Schleichhandels zu unterlassen, denn sie setzen sich der sicheren Gefahr schwerster Bestrafungen aus.

Darmstadt, 26. Mai. Im benachbarten Babenhäusen sind aus dem Tillman Riemen Schneider zugeschriebenen Flügelaltar in der ehemals katholischen Pfarrkirche zwei Seitenhauptfiguren — hl. Nikolaus und Valentinus — gestohlen worden. Der Diebstahl ist am 25. Mai entdeckt worden, es hat aber noch nicht festgestellt werden können, wann er ausgeführt worden ist.

Düsseldorf, 24. Mai. Auf Grund eines gefälschten Frachtbriefes über einen nach Mainz laufenden Wagon, der 125 Sack Kaffee enthalten sollte, erschwand sich hier ein Mann, der sich Wallersheim nannte, den Betrag von 160000 Mk. bei einem hiesigen Bankunternehmen. Als der Wagon geöffnet wurde, fanden sich darin Kohlen vor.

Darmen, 24. Mai. Großen Unterschlagungen ist man hier auf der Stadtverwaltung auf die Spur gekommen. Anstelle des mit der Auflage der Notstandsarbeiten beauftragten städtischen Försters, der infolge Erkrankung das Krankenhaus aufsuchen mußte, wurde ein Vertreter ernannt, der bei der Prüfung der Bücher Unterschlagungen in Höhe von über 100000 Mark entdeckte. Eine Hausdurchsuchung bei dem Förster förderte 96000 Mark zutage, außerdem soll er ein größeres Bankguthaben besitzen.

Essen, 24. Mai. In einem Abteil eines Personenzuges wurde die Leiche einer erschossenen männlichen Person, und in einem anderen Abteil ein durch eine Schußwunde schwer verletztes Mädchen gefunden. Letzteres starb auch kurz nach der Einlieferung in das Guyssensstift. Bei dem Mädchen wurde eine Lohnbütte von der Firma Krupp gefunden. Die Tat muß auf der Strecke Wattenscheid-Kray ausgeführt worden sein. Der Täter ist bei der Einfahrt in Kray-Süd aus dem Zug gesprungen und über den Bahndamm in der Richtung nach Wattenscheid geflüchtet.

Der Vulkan in Tätigkeit

Mz. Rom, 23. Mai. Ein Telegramm von Stromboli von 4 Uhr 45 nachmittags besagt, daß der Vulkan in Tätigkeit getreten ist und weißglühende Massen speit, die Feuerbrünste hervorrieseln. Zu gleicher Zeit trat eine Springflut auf, die zehn Minuten dauerte. Man meldet, daß die Zahl der verwundeten Opfer groß ist. Hilfeleistung ist aus Messina eingetroffen.

Gottesdienst-Ordnung.

Katholische Kirche zu Rübdesheim.

Donnerstag: Fest der Himmelfahrt des Herrn. 7 Uhr Frühmesse. 8 Uhr Schulmesse. 9 Uhr Hochamt. 1 Uhr Vesper; nach ders. oben die Rübdesheimer Himmelfahrtprozession mit Predigt am Fe dtor. Die Kollekte an dem Festtage ist für den St. Raphaelverein bestimmt. Freitagabend 8 Uhr Beginn der Noene zum heil. Geiste. Samstag 4 Uhr Beichtstuhl. 8 Uhr Salve.

Evangelische Kirche zu Rübdesheim.

Donnerstag, den 29. Mai. (Himmelfahrt.) Vormittags 10 Uhr: Hauptgottesdienst. Kollekte für die Kriegsgefangenenfürsorge.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Reiet.

Montag, den 2. Juni ds. Js., vorm. 11 Uhr,

lassen die Erben des verstorbenen Jakob Scholl, „zur Lindenau“ dahier, die nachverzeichneten

Grundstücke

im Saalbau N 13 dahier, öffentlich freiwillig versteigern.

Nr.	Kartenbl.	Nr.	Lage	Arten	Schub
1.	10	231/146	Weinberg auf dem Kleeberg	54	60
2.	10	232/146	Weinberg auf dem Kleeberg	42	36
3.	22	668/229	Weinberg Stauch	30	40
4.	29	213	Weinberg Bingerloch	174	12
5.	29	211 u. 212	Unland Bingerloch	7	68
6.	21	26	Weinberg im Ramstein	17	32
7.	21	587/71	Weinberg Bingergrube	44	88
8.	6	416/89	Acker im Rech (Eibingen)	57	08
9.	6	452/123 u. 454/126	Acker im Rech (Eibingen)	51	08
10.	21	150	Weinberg im Krachbein	17	52
11.	22	39	Weinberg Masbauer	19	—

Rüdesheim, den 27. Mai 1919.

Der Notar: v. d. Seyde, Justizrat.

Reiseförbe,

Waschkörbe oval und rund,

Sandkörbe mit und ohne Deckel,

grüne Körbe,

Rohrklopfer

empfiehlt in schöner Auswahl

Philipp Becker, Korbflechterei,

Rüdesheim a. Rh.

Langstraße 6.

Kreisverband für Handwerk u. Gewerbe
im Rheingaukreis

Geschäftsstelle: Rüdesheim, Kirchstrasse 8

erteilt Rat und Auskunft und gewährt Beistand in allen Angelegenheiten des Handwerks und Gewerbes. Beratung für Jedermann.



Assmannshäuser Tafelwasser

wohlschmeckendes, gesundheitsförderndes

Tafelgetränk des Rheingau's

in 1/2 und 3/4 Literflaschen

Niederlage für Rüdesheim, Geisenheim, Johannisberg und Oestrich-Winkel bei Eduard Wuppermann, Rüdesheim, Fernsprecher Nr. 6.

Mettlacher Platten!

einige tausend qm neu eingetroffen.

Boden- und glasierte Wandplatten

Grosse Auswahl in schönen, bunten Mustern zu sehr billigen Preisen.

Weisse Porzellan-Spülsteine.

Emil Köbig, Wiesbaden, Moritzstrasse 32
Telefon 2402.

Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer.

Auf Wunsch Verlegen durch geübte Plattenleger.

Nationalstiftung

für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

Fernsprecher: Amt Moabit, Nr. 9106.
Postschek-Konto: Berlin Nr. 16498.

Berlin NW. 40, Alsenstr. 11

Aufruf!

Der Krieg ist beendet. Unzählige Helden haben ihr Leben dem Vaterland geopfert, ihre Witwen und Waisen haben vergeblich ihrer Heimkehr geharrt und gehen mit banger Sorge einer freudlosen Zukunft entgegen. Unsere Pflicht ist es, für die Hinterbliebenen der Tapferen zu sorgen. Aufgabe des Reiches ist es zwar, hier in erster Linie zu helfen, aber diese Hilfe muß ergänzt werden durch freie Liebesgaben, als Dankopfer von der Gesamtheit unserer Volksgenossen den Helden dargebracht, die für ihr Volk, für uns Alle ihr Leben hingegeben haben.

Auch die kleinste Gabe ist willkommen!

Es werden auch Wertpapiere entgegengenommen.

Jahres- oder Monatsbeiträge erbeten.

Nationalstiftung

für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

Das Präsidium:

J. A.:

Sirch
Minister des Innern.
Vorsitzender.

Herrmann
Kommerzienrat,
Direktor der Deutschen Bank.
Schatzmeister.

Schwarze leberne

Brieftasche

verloren mit rotem Personalausweis, Militärabgangspapieren u. einigen Photographien auf dem Wege von der Kläranlage durch die Anlagen nach der Rheinstraße. Abzugeben gegen gute Belohnung Peterstraße 12.

Verloren

wurde am Sonntag ein graues Damenjaket

auf dem Wege vom Kammerforst nach Rüdesheim. Wiederbringer erhält Belohnung. Nähere Auskunft erteilen Geschw. Varius, Markt.

Wiese

oder

Kleefeld

in nächster Nähe der Stadt zu kaufen gesucht. Ang. an die Exped. ds. Blattes erbeten.

Junger Mann

23 Jahre, bessere Schulbildung sucht zwecks weit. Ausbildung, Tätigkeit als

Bolontär

auf einem kaufm. Büro. Anfragen erbeten unter E. M. 1382 an die Exped. ds. Bl.

Städt. Sparkasse Biebrich

Fernsprecher Nr. 50 Biebrich.

Postschekkonto Frankfurt a. Main

Nr. 3923.

mündelsicher

Tägliche Verzinsung

Strengste Verschwiegenheit.

Kassenlokal:

Biebrich, Rathausstraße 59.

Kassenstunden von 8 1/2 bis 1 1/2 Uhr.

Ein neuer Transport von 100 Masttieren

ist wieder eingetroffen

Barmann Ww., Erbenheim b. Wiesbaden

Telefon 6254.

Frankfurterstraße 60.

F. W. Kinkel, Gerberei u. Lederfabrik

Heidesheim (Rheinhessen) und Mainz
übernimmt das Gerben von Grosshäuten, sowie von Kalb-, Ziegen- und kleinen Fellen.

Ankauf von Rohhäuten und Fellen
in jedem Umfang.

Fabrikation von Lederwaren,
Spezialität Kumpo, Geschirre, Treibriemen,
Massenartikel.

Ein Mädchen,

20—22 Jahre a., kath., aus anständ. Familie, welches auch in d. Landwirtschaft bewandert, kann bei gut. Lohn, in gut. bürgerl. Hause in einem rheinl. Orte in Stellung treten. Näh. in d. Geschäftsstelle ds. Bl.

Wohnung

(1 Zimmer nebst Küche sowie ein möbliertes Zimmer zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. ds. Blattes.

Ein Kinder- Klappwagen

zu kaufen gesucht.
Weberstr. 10